

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Gründungstag mit Übernahme der Form und Gestaltung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezahlungsfrist bei Abrechnung monatlich 4. d. M., durch unsere Anwälte gegenüber in der Stadt monatlich 4. d. M., auf dem Lande 4. d. M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postsendungen bitte unsere Anwälte und Geschäftsstelle nehmen. In Falle ihrer Abwesenheit, Freitag oder Sonntag, Geschäftsstelle nehmen. In Falle ihrer Abwesenheit, Freitag oder Sonntag, Geschäftsstelle nehmen. In Falle ihrer Abwesenheit, Freitag oder Sonntag, Geschäftsstelle nehmen.



Erscheint seit dem Jahre 1841

Abonnementpreis 1 M. für die 6 wöchentlich erscheinende Ausgabe, Postfrei. Bei Abnahme von 10 M. 10 M. für die 6 wöchentlich erscheinende Ausgabe, Postfrei. Bei Abnahme von 10 M. 10 M. für die 6 wöchentlich erscheinende Ausgabe, Postfrei.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 141.

Sonntag den 19. Juni 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Leztmaliger Verkauf von Speisekartoffeln am 21. d. M. 8-11 zu 45 M. — Bezugsmarken und Bezahlung vorher im Zimmer 2. — Minderbemittelte neuen Schule. — Abgabe in unbefränkter Menge, soweit Vorrat reicht, der Zentner und Erwerbslose erhalten Befreiung des Kaufpreises. Wilsdruff, am 17. Juni 1921. Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Amtlich wird aus München gemeldet: Das Staatsministerium des Innern hat die Belohnung für die Errettung des Wörbers des Abgeordneten Garsch von 10 000 Mark auf 20 000 M. erhöht.

* Die zur Befreiung des Ruhrgebietes bestimmte gewesene französische Armee wird demobilisiert, nur Unberufene, die Bureaus und die Reservistoffiziere bleiben noch im Dienst.

* Lord Curzon ist aus London nach Paris gereist, um eine vorläufige Besprechung über die oberirdischen Fragen abzuhalten, da eine Zusammenkunft des Obersten Rates für die nächste Zeit nicht festgelegt ist.

Kathenaus Programm.

Der Wiederaufbauminister ist ein Mann praktischer Arbeit, nicht langatmiger Programme, kein Freund beschwängerlicher Zukunftsvisionen, sondern unmittelbarer Gegenwartswirklichkeiten. Und erst, wenn er etwas hinter sich gebracht hat, hält er es für zweckmäßig, öffentlich darüber Rechenschaft abzulegen. So ist er denn Anfang der Woche in aller Heimlichkeit nach Wiesbaden gefahren, um dort mit dem französischen Minister Loucheur eine Verständigung zu suchen. Und nun von dort zurückgekehrt, bezieht er sich, im Reichswirtschaftsrat zu berichten, wie die Dinge stehen.

Erst etwas Wasser in den Wein. Man hatte von 25 000 Holzhäusern gesprochen, die Deutschland für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete liefern soll. Jetzt kommen in Wahrheit etwa 5000 in Betracht. Nach zehn oder höchstens zwölf Millionen Goldmark, also gewiß ein kleines Objekt für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Daraus etwa, unsere gesamten Angelegenheiten an Frankreich in Sach- und Arbeitsleistungen abzutreten, kann ernstlich nicht gedacht werden, denn Frankreich hat einen erheblichen Bedarf auch in Gold und Devisen. Also fragt sich Dr. Rathenau, wie es möglich sein wird, den Wiederaufbau, der an Materialbedürfnissen überreich ist, herbeizuführen, wenn die Reparation in drei oder vier Jahren beendet sein soll, so zu verteilen, daß die Warenmengen nicht die Jahresaufnahmefähigkeit Frankreichs an Reparationsleistungen übersteigt. Schon ein schwieriger Finanzproblem, das nur in vollem Einvernehmen beider Teile gelöst werden kann. Dann kommt die Infrage, über die Dr. Rathenau schon im Reichstage gesprochen hat. Der Index von 26 Prozent muß durch eine andere Vereinbarung ersetzt werden, weil er so, wie er im Ultimatum vorgegeben ist, beiden Seiten nur wirtschaftliche Nachteile bringen kann. Dazu muß, meint Dr. Rathenau, das kostbare Devisenkapital aufhören, das eine vollständige Zerstückelung des internationalen Geldmarktes zur Folge haben muß. Schon heute ist der Dollar wieder über 70 Mark gestiegen, zum Leidwesen auch der französischen Finanzen, zum Leidwesen ebenso aber auch der amerikanischen Volkswirtschaft. Natürlich macht dem Wiederaufbauminister auch die Preisfrage für die Sachleistungen an Frankreich viel Kopfzerbrechen. Es ist ein Maßstab zu finden, der Preisfestsetzungen in gerechter Weise ermöglicht und gewährleistet, daß die französische Industrie nicht in die Lage kommt, sich darüber zu beschweren, daß die Leistungen, die Deutschland macht, erheblich teurer sind, als sie in Frankreich sein würden. Das alles sind Probleme höchst verwickelter Natur, die die weitere Öffentlichkeit unbedingt den zuständigen volkswirtschaftlichen Sachverständigen überlassen muß.

Über wird auch das Latenzpublikum mitreden können bei der Frage, wie weit deutsche Arbeiter nach Frankreich zu senden seien. Auch hier hält Dr. Rathenau sich für verpflichtet, abzurufen. Einmal ist in Frankreich schon viel wieder aufgebaut, insbesondere auf dem Lande, und die Bauarbeiten sind kompliziert, als wir es uns gewöhnlich denken. Die Franzosen haben gefestigt festgelegt, daß die zerstörten Häuser auf den alten Fundamenten und in der alten Weise wieder herzustellen seien. Es kommt nur Einzelarbeit großen Umfangs in Frage, bei der es schwer sein wird, Tausende von deutschen Arbeitern in französischen Städten unterzubringen. Dr. Rathenau rechnet es Herrn Loucheur zur Ehre an, daß er sich zu direkten Verhandlungen mit ihm auf deutschem Boden zusammengesunden hat. Deshalb hat er auch Herrn Loucheur das erste Wort vor der Öffentlichkeit über die Verhandlungen in Wiesbaden überlassen, die in vollkommenen Formen geführt worden sind.

Inseln bereite Dr. Rathenau auf die Notwendigkeit vor, in Deutschland einen Apparat zu schaffen zur Aufnahme, Verteilung und Bewältigung derjenigen Aufträge, die aus den Verhandlungen mit Frankreich über den Wiederaufbau herauskommen werden. Hier wird wieder einmal ein großer Organismus zu schaffen sein, denn auch die berechtigten Ansprüche der verschiedenen Landesstellen auf Mitbestimmung an diesen Aufgaben, der verschiedenen Berufsstände in Industrie und Handwerk werden zu be-

rücksichtigen sein, und den Gewerkschaften kann das Recht der Mitbestimmung in Fragen der Arbeitsleistung nicht abgesprochen werden. Nähere Vorschläge für die beschriebene Organisation will der Minister sich vorbehalten. Nur eins kann er schon heute versichern: er will weder eine Lumba noch eine J. G. O. haben. Jedem wird er es dabei nicht recht machen können. Es gibt keine Lösung, sagt er, die mit 100 Prozent richtig ist. Der Minister hofft auf die Fortsetzung des in Wiesbaden beschrittenen Weges und damit auf Lösungen, die zu gutem Ende führen können. Daß er dabei in erster Reihe, was die deutsche Heimat betrifft, auf die Mitwirkung der im Reichswirtschaftsrat vertretenen Berufsarbeit angewiesen ist, jagert er natürlich keinen Augenblick offen zu bekennen.

In der Tat, hier liegt eine ungeheure Fülle von Aufgaben vor, bei denen alles andere nur seine parteipolitische Arbeit geleistet werden darf. Das sollte niemand vergessen, der den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete wirklich fördern will.

Unklare Lage in Oberschlesien.

Die Alliierten rücken vor.

Die Nachrichten aus Oberschlesien verraten nach wie vor mehr Stimmungsmache als Wahrheit. Pariser Nachrichtenbüros stellen die Lage so dar, daß General Hoefler sich der Interalliierten Kommission zu unterwerfen scheine. Andererseits habe Korjant u. d. der Interaktion der Interalliierten Kommission gemäß, das Einhalten der Feindespflichten angeordnet. Der französische Vorkommandant in Berlin hat erneut mit dem deutschen Außenminister Dr. Rosen über Oberschlesien konfiziert.

Dagegen findet der Reuters-Bericht: Die letzten Berichte über Oberschlesien zeigen keine Verbesserung der Lage. Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß die Polen ihr Versprechen, sich zurückzuziehen, einhalten. Korjant scheint seine Leute nicht mehr im Zaume halten zu können. Einige alliierte Behörden sind aufgehoben worden. Hierdurch ist wahrscheinlich der Berliner Bericht entstanden, daß die Entente-Kommission sich zurückziehen werde.

Vom Kampfplatz.

Mit Ausnahme von Schierstein bei Gloggnitz-Tworjan und westlich Nandor-Hammer ist es nicht zu Kampfhandlungen gekommen. Durch das Eintreffen der Engländer in Zomboritz sind die Polen genötigt worden, ihre Angriffe auf Truskau einzustellen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind jedoch die englischen Streitkräfte zu schwach, um die deutsche Bevölkerung vor den Drangsalierungen der Polen zu schützen. Der italienische Oberst Solovini hat angeordnet, daß auf dem rechten Ufer des Odra Wehren gebildet werden. Der Lagerungsstand der Artillerie ist aufgehoben worden.

Englische Truppen sind in Ratibor, Kleinathammer, Herbinandshol, Salsche, Poppitz, Gantentag und Kofelitz eingetroffen, französische Truppen ebenfalls in Kleinathammer und Kofelitz. Außerdem ist Jakobswalde von Franzosen, Lubom und Kania von Italienern besetzt.

Zeppes' dementiert die von den Polen verbreitete Radio-meldung über einen Zusammenstoß zwischen deutschen und alliierten Truppen bei Godel, wo mehrere Franzosen getötet oder verwundet worden sein sollen, und bei Kofelitz, wo ein englischer Sergeant und ein englischer Soldat getötet worden seien. Diefelbe Nachricht ist erfolglos von London aus.

Selbsthilfe der Oppelner Ärzte.

Der Oppelner Ärzteverein erläßt eine Bekanntmachung, in der es heißt:

„Unser Kollege Dr. Frey ist in der Nacht zum 11. Juni von einem Mitglied der französischen Kommission ohne ausreichenden Grund verhaftet und auf einer französischen Wache in Eigenhaft des französischen Offiziers schwer mißhandelt worden. Nachdem diesem Verhalten keine Entschuldigung gefolgt ist, erklären die dem Oppelner Ärzteverein angehörenden Ärzte, daß sie von heute ab den Mitgliedern der Entente-Kommission jede ärztliche Hilfe solange verweigern, bis eine ausreichende Genugtuung vorliegt.“

„Insurgenten, die vernünftig geworden sind.“

Diese Unterschrift trägt ein von Insurgenten verbreitetes Flugblatt, das der Ratib. Anz. wiedergibt. Es ist ein Aufruf der Unterzeichner, die darin bekennen, daß sie auf Korjants Verzeihung Tausende von Norddeutschen und andere Verbrechen begingen, um schließlich einzusehen, daß damit nichts erreicht werde als eine Schandung der polnischen Ehre. Die polnischen Oberbefehlshaber seien von Korjant betrogen, denn auf seine Veranlassung mache sich nun Warschauer Geizhals in Oberschlesien breit und bekomme die besten Stellen und Posten. Der Zustand sei trübselig. Korjant selbst glaube nicht mehr an ein gutes Ende. Darum hätten die Unterzeichner den Kampf aufgegeben. Die andern Insurgenten sollten ebenfalls Schluss machen, sie bräuchten keine Rache zu suchen. Nur die verbrecherischen Führer hätten Strafe zu erwarten und damit geschehe ihnen recht. Es sei das Beste, sich beizugehen mit den Deutschen zu vertragen, denn nur bei Deutschland habe Oberschlesien eine Zukunft.

Der Geheimbund.

Mehrfach wird jetzt, allerdings mit einem interessanten Zusatz, die Behauptung aufgewärmt, daß zwischen Frankreich und Polen ein noch nicht ratifizierter Vertrag bestehe, in dem Frankreich Polen seine Unterstützung in Oberschlesien zusage. Polen solle ein Heer von 600 000 Mann halten, in dessen Generalkommando sich französische Offiziere befänden. Bei einem Kriege Polens, der kein Angriffskrieg sei, würde Frankreich Polen militärische Unterstützung geben. Rußland sei ausgenommen; der einzige Krieg, der in Betracht käme, sei ein Krieg gegen Deutschland. Die Petroleumquellen Ostgaliziens würden Frankreich zur Ausbeutung überlassen. Neuerdings soll nach Ansicht englischer Berichterstatter in Polen der Widerstand gegen diesen Vertrag wachsen. Es scheint eine Bewegung zugunsten eines Einvernehmens mit Deutschland auf wirtschaftlicher Grundlage zu bestehen. Und scheint das sehr Zukunftsmusik zu sein.

Der zukünftige Brotpreis.

Eine Umlage von 2 1/2 Millionen Tonnen angenommen.

Die Aussprache in der Donnerstagssitzung des Reichstages über die Regierungsvorlage betr. Regelung des Verkehrs mit Getreide brachte zunächst eine Ablehnung der ganzen Vorlage. Die Regierungsvorlage wollte als Umlage drei Millionen Tonnen festsetzen, die drei sozialistischen Parteien 4 1/2 Millionen Tonnen und die Demokraten 2 1/2 Millionen Tonnen. Bei der Abstimmung lehnte das Parlament sowohl die Anträge der Linken wie der Rechten ab und nahm dann, gegen die sozialistischen Parteien, das Kompromiß von zweieinhalb Millionen Tonnen an. Bei der Gesamtstimmung fiel dann aber der ganze Paragraph 1 der Vorlage, da die gesamte Linke sowohl wie die Deutschnationalen dagegen stimmten. Hätte es dabei kein Verwenden gehabt, so wäre die ganze Aktion ins Leere verpufft.

Über in einer folgenden Abend Sitzung wurde die dritte Lesung des Gesetzesentwurfs noch vorgenommen. Inzwischen hatten sich Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten auf den demokratischen Kompromißvorschlag von 2 1/2 Millionen Tonnen geeinigt und bei der Abstimmung schlossen sich die Deutschnationalen diesem Kompromiß an.

Das Gesetz wurde darauf gegen die drei sozialistischen Parteien mit allen Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Die Regierungskoalition war also in diesem Falle auseinandergebrochen, die Sozialdemokraten nahmen einen dem Zentrum und den Demokraten entgegengelegten Standpunkt ein. Man nimmt nicht an, daß das Auseinanderfallen der Regierungsmehrheit in diesem Falle weitergehende Folgen für den Bestand der jetzigen Regierung haben wird, obwohl es immerhin bezeichnend für die Schwäche der bisherigen Koalition ist.

Reichsernährungsminister Vernes teilte noch mit, daß eine Erhöhung des Brotpreises im laufenden Wirtschaftsjahre nicht erfolgen werde, frühestens zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres. Sie würde unter keinen Umständen über 50 Prozent hinausgehen.

Vertreter der Linken sagten schwere Erschütterungen und harte Lohnkämpfe als Folge der teilweisen Beseitigung der Zwangswirtschaft und der damit zu erwartenden Annäherung der Getreidepreise an die Weltmarktpreise voraus. Die Ablehnung der Anträge sei eine Kampfansage an die Lohnempfänger und Erwerbs-schwachen allerorten.

Die Deutschnationalen, die für vollständig freie Wirtschaft sind, stehen durch ihren Sprecher ausdrücklich, ihre Partei habe nur schweren Herzens dem Kompromiß zugestimmt. Sie habe es aber getan, um eine völlige Ablehnung des Gesetzes zu vermeiden. Das würde die Beseitigung der Zwangswirtschaft bedeuten. Sie habe deshalb das kleinere Übel gewählt.

Angenommen wurde noch ein Antrag, die Regierung zu ersuchen, alle Schritte zu Widerungsmassnahmen für die Sicherung der Volksernährung zu tun, um den Übergang zu erleichtern. Weitergehende Anträge der Sozialisten zu bestimmten Gesetzesvorlagen fanden keine Mehrheit.

Deutscher Reichstag.

(116. Sitzung.) CR. Berlin, 17. Juni.

Unter den kurzen Anträgen, mit denen Beantwortung die heutige Sitzung eröffnet wurde, befanden sich einige von allgemeiner Bedeutung. So erkundigte sich der Abgeordnete (D. Volksp.) nach den Vorgängen am 2. d. M. in Schwetzer, bei denen mehrere Einwohner durch marokkanische Truppen erschossen wurden. Seitens der Regierung wurde dieser Tatbestand zugegeben. Ein jugendlicher Arbeiter namens Koch wurde von einem marokkanischen Soldaten an-